

Vom Wohntraum und fehlendem Wohnraum

„Bitte bleiben Sie, wenn immer möglich, zu Hause, an Ihrem Wohnort“, mahnte die Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitte Oktober 2020 in ihrem Video-Podcast anlässlich der steigenden Corona-Infektionszahlen. Doch wie zuhause bleiben und sich und die anderen schützen, wenn man kein Zuhause, keinen privaten Wohnraum hat? Für Menschen, die in beengten Wohnverhältnissen oder in Not- und Gemeinschaftsunterkünften leben, bedeutet die Corona-Pandemie eine enorme Herausforderung, die schon unter regulären Bedingungen schwer zu bewältigen ist. Ein Bericht von Corinna Höckesfeld.

Seit dem Frühjahr 2020 spitzt sich die Wohn- und Unterbringungssituation für Menschen, die sich schon bis dato in prekären Lebenslagen befanden, mit jedem weiteren Lockdown-Tag immer weiter zu. Wie lernen und online am Deutschunterricht teilnehmen, wenn Wohn- und Esszimmer zugleich Schlaf- und Kinderzimmer sind und man sich dieses all-in-one-Zimmer mit vier Weiteren teilt?

Mehr denn je zeigt sich gerade in Zeiten von Home-schooling und stay-at-home-Geboten wie wichtig privater Wohnraum ist, da sich räumliche Enge, mangelnde Privatsphäre oder fehlende Lern- und Rückzugsräume nicht nur auf den Gesundheitszustand negativ auswirken. Auch Lern- und Schulerfolge wie ganz allgemein die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe leiden darunter.

Integration beginnt mit einem Zuhause

Wohnen ist nicht nur ein Grundbedürfnis und in Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte als Menschenrecht deklariert. Die Wohn- und Unterbringungssituation wirkt sich auch entscheidend auf den Integrationsprozess und den Alltag von Geflüchteten aus. Dass die Unterkunft für viele Geflüchtete über Jahre hinweg zu einer Ersatzwohnung wird, stellte schon vor Corona gerade vulnerable Gruppen, wie Opfer von psychischer und physischer Gewalt, Menschen mit Behinderung, aber auch Familien und Alleinerziehende vor erhebliche Schwierigkeiten. Kontaktbeschränkungen und Quarantänemaßnahmen kommen nun erschwerend hinzu.

Etwa die Hälfte der Geflüchteten, die derzeit noch in staatlichen oder kommunalen Unterkünften leben, dürfte eigentlich privaten Wohnraum beziehen. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes und einer Reihe bürokratischer und struktureller Hürden rückte dieser Schritt aber schon vor der Pandemie oftmals in weite Ferne und bleibt für viele auch in diesen Krisenzeiten mehr nur ein Wunschtraum.

Mietenwahnsinn trotz(t) Corona

Gerade hinsichtlich des Zugangs zu privatem Wohnraum wirkt Corona wie ein „Kontrastmittel“, das „sichtbar macht, was in unseren Gesellschaften fehlt, was wir fahrlässig geschwächt haben, welche Ungleichheiten toleriert [...]“ werden, schreibt die Autorin Carolin Emcke Ende März 2020 in ihrem Corona-Tagebuch in der *Süddeutschen Zeitung*. So fehlt es längst nicht mehr nur in Ballungszentren an bezahlbarem Wohnraum. Auch in ländlicheren Räumen steigen die Miet- und Immobilienpreise immer weiter an. Selbst im

Krisenjahr ist keine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu verzeichnen und die Mietpreise sind vielerorts sogar noch weiter explodiert. Seit 2014 hat Augsburg neben

Das Recht auf Wohnen ist oft nur noch theoretisch vorhanden

München in Bayern den höchsten Preisanstieg zu verzeichnen. Die durchschnittliche Nettokaltmiete pro Quadratmeter liegt in der drittgrößten Stadt in Bayern damit knapp 3,47 Euro über dem bundesweiten Durchschnitt, während gleichzeitig das zur Verfügung stehende Einkommen rund 16 Prozent unter dem bayerischen Schnitt liegt. Das Recht auf Wohnen ist somit oft nur noch theoretisch vorhanden. Für viele Geflüchtete ist die Lage sogar noch prekärer und die Wohnungssuche endet sogar schon am Telefon. Erfahrungen aus Projekten zur Vermittlung von Wohnraum für Migrantinnen und Migranten haben gezeigt, dass diese neben strukturellen Hürden häufig mit Ängsten und Vorbehalten der Vermieter*innen konfrontiert und deswegen vom Konkurrenzkampf um bezahlbaren Wohnraum besonders stark betroffen sind. Fehlendes Systemwissen über Behördenabläufe oder Worthülsen wie ZKB und Bruttokaltmiete, komplexe Anträge sowie mangelnde Sozialkontakte kommen zudem erschwerend hinzu, sodass Geflüchtete bei der Wohnungssuche oft am Ende aller Interessenten stehen.

Ohne Unterstützung wird es schwer

Viele Vermieter*innen haben Vorbehalte gegenüber Geflüchteten. Das Engagement und die Unterstützung von Haupt- und Ehrenamtlichen stellen daher eine wichtige und notwendige Stütze dar und können helfen, zwischen Ämtern, Vermieter*innen und

Corinna Höckesfeld
arbeitet als Integrationslotsin bei der Tür an Tür-Integrationsprojekte gGmbH im Wohnprojekt Augsburg und beschäftigt sich auch wissenschaftlich am Lehrstuhl für europäische Ethnologie/Volkswunde der Uni Augsburg mit dem Thema Wohnen und Unterbringung von Geflüchteten.

Wohnungssuchenden zu vermitteln. In Augsburg schlossen sich daher Mitarbeiter*innen der Diakonie und von *Tür an Tür* 2017 zum *Wohnprojekt Augsburg* zusammen, um Geflüchtete bei der Wohnungssuche zu unterstützen. Angepasst an die individuellen Bedürfnisse der Geflüchteten, die auf Wohnungssuche sind, haben sie ein mehrstufiges Konzept entwickelt, das unterschiedliche Beratungs-, Schulungs- und Informationsangebote sowohl für Geflüchtete wie auch für Haupt- und Ehrenamtliche und Vermieter*innen anbietet. Sie bilden damit eine Schnittstelle zwischen Wohnungssuchenden, Unterstützenden sowie Wohnungsanbieter*innen, mit dem Ziel, eine gleichberechtigte Teilhabe und selbstständige Orientierung von Geflüchteten auf dem Wohnungsmarkt zu fördern. Da vielen Geflüchteten das Wissen fehlt, wie und wo sie eine Wohnung suchen können, werden im Rahmen von sogenannten Mietkursen oder persönlichen Beratungsgesprächen wichtige Tipps und Informationen zur Wohnungssuche und zu den Rechten und Pflichten als Mieter*in vermittelt. Ehrenamtliche begleiten und unterstützen zusätzlich bei der Recherche im Internet oder gehen mit zu Besichtigungsterminen.

Mit den Covid-19-Maßnahmen verlagerten sich Beratungs- und Unterstützungsangebote. Die Arbeit des Wohnprojekts musste von einem Tag auf den anderen in virtuelle Räume verlegt oder zum Teil vorerst ganz ausgesetzt werden. Gerade die Tatsache, dass die Türen von Ämtern und Behörden von heute auf morgen für den Besuchsverkehr geschlossen wurden und Anträge und Formulare nur noch telefonisch oder digital ausgefüllt werden konnten, stellte viele Geflüchtete auch im Bereich der Wohnungssuche vor große Herausforderungen. Nicht nur, weil Geflüchtete oftmals nicht über die nötigen sprachlichen oder digitalen Fähigkeiten verfügen. Häufig scheitert es auch schon an der technischen Ausstattung oder der nötigen Medienkompetenz, um ein Formular online auszufüllen oder einen Termin digital vereinbaren zu können. Durch die räumliche und persönliche Distanzierung sind die Aufgaben weitaus komplizierter und zeitaufwendiger geworden.

Corona wirkt wie ein Brennglas

War die Wohnungssuche schon vor Corona nicht einfach, hat Corona viele Herausforderungen noch verstärkt und wirkt dabei wie ein Brennglas, das schon bestehende Missstände und Ungleichheiten sichtbar macht und verschärft. Deutlich wird auch, wie wichtig das Thema Medienkompetenz für eine gleichberechtigte Teilhabe von Geflüchteten ist. Da

vielen Geflüchteten das Wissen, wie sie einen Computer oder einen E-Mail-Account bedienen sollen, bislang fehlt, bräuchte es entsprechende Computerkurse oder persönliche Unterstützungsangebote, die ihnen nicht nur bei der Wohnungssuche helfen, sondern wichtige Voraussetzung für eine immer weiter digitalisierte Alltagswelt darstellen.

Denn wie schon Stephan Dünnwald in der letzten *Hinterland*-Ausgabe in seinem Artikel *Ausgangssperre* verdeutlichte, macht das Virus in der Tat nicht alle gleich und werden gerade bei der Wohnungssuche wiederum die benachteiligt, die es schon vor der Pandemie auf dem Wohnungsmarkt nicht leicht hatten und von Mehrfachdiskriminierungen betroffen sind.

Selbstbestimmtes Wohnen statt fremdbestimmter Unterbringung

Das Recht auf Wohnen darf daher längst nicht mehr nur theoretisch vorhanden sein, sondern muss endlich auch in Form von politischen Maßnahmen und Handlungen alltäglich gelebte Realität werden. Ansätze und Projekte wie die des *Wohnprojekts Augsburg* können hier ein wichtiger Baustein sein, um Vorurteile und Diskriminierungen abzubauen und Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. All diese Angebote und Unterstützungsstrukturen aber helfen nichts, wenn Mietobjekte immer mehr zur Spekulationsware und bezahlbare Wohnungen immer weniger werden. Neben der Schaffung und Sicherung von bezahlbarem und sozial verträglichem Wohnraum könnten erste Schritte schon in der Einführung eines mehrstufigen Unterbringungskonzepts samt Mindeststandards sein. Etwa solche, wie sie das Bayerische Staatsministerium 2010 aufgestellt hat und die nebst der Vorhaltung von Lern- und Sozialräumen zumindest sieben Quadratmeter pro Person vorsahen, sodass auch eine kurzfristige oder befristete Unterbringung in einer Sammelunterkunft dem Leben in Wohnungen nahekommt. Denn feststeht: Wohnen ist nicht nur ein Grundbedürfnis, das nicht nur in Pandemiezeiten Sicherheit, Schutz und Geborgenheit bietet. Gerade für Menschen, die ihre Heimat aufgrund von Krieg und Verfolgung verlassen mussten, ist der Umzug in die eigene Wohnung wieder ein wichtiger Schritt in Richtung Normalität.<

